Bieler Tagblatt Samstag, 02.12.2017 Region

# Weitere Verzögerung um ein Jahr

**Biel/Nidau** Die Stimmbevölkerung wird sich frühestens im zweiten Halbjahr 2019 zu Agglolac äussern können. Grund ist die Erarbeitung einer Variante mit einer Landabgabe im Baurecht.

Lino Schaeren

Die Agglolac-Planung verzögert sich um ein Jahr, die Stimmbevöl-kerung von Biel und Nidau wird sich frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2019 zum Überbauungsprojekt äussern können. Das teilte die Projektgesellschaft, bestehend aus den Städten Biel und Nidau sowie der Privatinvestorin Mobimo AG, gestern mit.

Dass es im Zeitplan zu Verzöge-rungen kommen würde durfte erwartet werden, schliesslich hatte die Projektgesellschaft bereits im Oktober angekündigt, die Baurechts-Variante, ein alternatives Finanzierungsmodell, zu prüfen noch bevor der Bieler Stadtrat im November eine entsprechende Motion überwiesen hat (das BT berichtete). Der neue ungefähre Abstimmungstermin wird denn auch mit den zusätzlichen Ab-klärungen begründet: Im Januar sollen externe Fachleute mit der Analyse verschiedener Szenarien mit einer baurechtsweisen Landabgabe beginnen, heisst es in einer Mitteilung. Die Ausschreibung für das Mandat ist bereits erfolgt

Der Zeitplan für die Agglolac-Planung musste in der Vergangenheit bereits mehrfach ange-passt werden. Mit der neusten Verschiebung hinkt das Projekt inzwischen rund drei Jahre hinter der ursprünglichen Zeitplanung hinterher. Für die Projektgesellschaft kein Problem, das sei bei einem Projekt solcher Grösse und Komplexität nicht ausserge-wöhnlich, lässt sie verlauten. Nidaus Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) hatte bereits im vergangenen Februar, als bekannt gegeben wurde, die Volksabstimmungen würden frühestens Ende 2018 stattfinden, gesagt, dass man sich die nötige Zeit nehmen werde, um gute Lösungen zu finden, Erich Fehr (SP), Stadtpräsident von Biel, sagte gestern, dass der nun vorliegende Zeitplan «in Kenntnis der heute bekannten Tatsachen» ein realistisch sei.

## Variante kommt im Sommer

Damals war allerdings die Forderung nach einer Abgabe des ehemligen Expo-Areals im Baurecht noch nicht auf dem Tisch. Oder zumindest nicht in der heutigen Deutlichkeit. Die Planungsvereinbarung der beiden Einwohnergemeinden mit der Investorin sieht



Über das Agglolac-Projekt wird das Stimmvolk erst Ende 2019 an der Urne befinden können. mak/a

einen Landverkauf vor – der Erlös soll zur Bereitstellung des Baulandes (archäologische Rettungsgrabungen, Altlastensanierung) und zur Erstellung der öffentlichen Infrastruktur genutzt werden. Die Baurechts-Variante muss nun aufzeigen, wie diese Investitionen auch ohne Landverkauf getätigt werden können und wo allenfalls Abstriche gemacht werden müssten. Die Projektgesellschaft hatte im Oktober kommuniziert, den Parlamenten von Biel und Nidau die Varianten Baurecht und Verkauf in einer Gegenüberstellung verbeten zu wellen.

vorlegen zu wollen.
Gestern nun kommunizierte
die Projektgesellschaft, dass die
Baurechts-Variante im Sommer
2018 vorliegen solle. Bis dahin
würden die Arbeiten «zur Vertiefung einiger Aspekte der Planung» fortgeführt. Was das im
Konkreten heisst, teilt die Projektgesellschaft nicht mit, Erich
Fehr sagt aber, dass es sich dabei
etwa um die Ausarbeitung eines
Mobilitätskonzepts handle.

## Grosse Eventfläche gefordert

Das Thema Mobilitätskonzept trifft eines der Anliegen des Vereins «Stop Agglolac», Dieser hat kürzlich an seiner Mitgliederversammlung seine Anforderungen an das Projekt zumindest etwas konkretisiert und einen Forderungskatalog, der zehn Punkte umfasst, verabschiedet. So fordert der Verein etwa ein neues Mitwirkungsverfahren, «bei welchem die Anliegen der eingebenden Personen und Organisationen nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch berücksichtigt (…) werden». Alternativ könne auch das bereits durchgeführte Verfahren noch einmal zurate gezogen und Eingaben umgesetzt werden. Weiter fordert der Verein eine Reduktion der Bruttogeschossfläche zugunsten einer grösseren Freifläche und eines Standorts «zur Durchführung von Events wie Cyclope, das «Muse-Konzert» oder Oba Zelt».

Werden seine Forderungen erfüllt, sei der Verein bereit, sich von
der ablehnenden Haltung zu verabschieden, schreibt «Stop Agglolac». Allerdings sind die Forderungen teils widersprüchlich. So fordert die Organisation etwa eine
Redimensionierung der Überbauung und ein kleineres finanzielles
Risiko für die Städte, will gleichzeitig aber eine grössere Freifläche.
Diese, so sieht es das Projekt vor,
würde aber gerade mit dem Erlös
aus dem Landverkauf (oder der
Abeabe im Raurecht) finanziert

Manuel Schüpbach, Co-Präsident von «Stop Agglolac», sagt dazu, dass man nicht stur auf allen Forderungen beharren werde. Man werfe der Projektgesellschaft den Ball nun etwas konkreter zu, wolle dieser aber nicht vorschreiben, wie sie die Forderungen umzusetzen habe. «Wir wollen aufzeigen, wo die Widerstände in der Bevölkerung zu finden sind.» Gerade die Dimension des Projekts sei hier ein wichtiger Punkt. Auch das Hochhaus müsse noch einmal Thema werden. «Wichtig ist, was aus Sicht der Bevölkerung möglich ist, nicht aus Sicht der Investorin.»

#### Das Prinzip Ceteris paribus

Der Verein erhoffe sich nun, dass ihre Anliegen bereits von Beginn weg in der Baurechts-Variante berücksichtigt werden könnten. Hier winkt Fehr, der sich zusammen mit Sandra Hess im Nachgang der Mitgliederversammlung von «Stop Agglolac» zu den Forderungen in einer Diskussion hat äussern können, zumindest was die Erarbeitung der Studie betrifft ab.

Die Baurechts-Variante werde in einem ersten Schritt von den externen Experten nach dem Prinzip «Ceteris paribus» erarbeitet, also «unter sonst gleichen Bedingungen». Erst in einem zweiten Schritt seien dann weitere Anpassungen möglich, wenn es darum gehe, die Baurechtslösung «realisierbar zu machen». «Wir wollen den Parlamenten eine realistische Baurechts-Variante vorlegen», sagt Fehr. Und die könnte eben durchaus vom generellen Projekt abweichen - aus finanziellen Gründeneben auch gezwungenermassen.

Alles zu Agglolac im Dossier unte www.bielertagblatt.ch/zeitplan

# Grosser Schritt: Filière Bilingue wird auf Oberstufe ausgeweitet

Biel Das Pilotprojekt des zweisprachigen Schulangebots wird auf die Sekundarstufe 1 ausgedehnt. Dazu müssen der welschund der deutschschweizer Lehrplan kombiniert werden.

Die Stadt Biel dehnt das Pilotprojekt Filière Bilingue auf die Sekundarstufe 1 aus. Filière Bilingue, das ist ein Angebot, das Schülern seit 2010 ermöglicht, die Primarschule in Klassen zu besuchen, in denen sich die Unterrichtssprachen Deutsch und Französisch die Waage halten. Nun aber werden die ersten Filière Bilinge-Kinder im Sommer 2018 in die Oberstufe wechseln – und die Stadt konnte gestern eine entsprachende durchgehend zweisprachig geführte Anschlusslönung präsentieren. Ab dem kommenden Schuljahr werden am ehemaligen Gymnasium Alpenstrasse erstmals zwei 7. Klassen im Projekt Filière Bilingue geführt.

Die Ausweitung der Filière Bilingue auf die Oberstufe wurde vom Kanton Bern bereits genehmigt und stösst offenbar auf grosse Unterstützung: Schulinspektorin Marianne Fankhauser brachte an der gestrigen Präsentation die Botschaft vom kantonalen Erziehungsdirektor Bernhard Pulver (Grüne), wonach dieser die Filière Bilingue vollumfänglich unterstütze, «er ist begeistert». Die Filière Bilingue in der Oberstufe bedarf einer Anschubfinanzierung, pro Klasse und Jahr werden zusätzliche Kosten von 60 000 Franken fällig. Da das Projekt vorerst auf drei Jahre ausgelegt ist, wird es letztlich sechs zweisprachig geführte Klassen auf Sekundarstufe geben, der Kanton trägt dabei 70 Prozent der Zusatzkosten. Die Stadtkasse von Biel wird insgesamt mit 200 000 Franken zusätzlich belastet.

# 320 Schüler profitieren

Die Filière Bilinigue war von ihrer Initiierung weg insofern sofort erfolgreich, als dass die Zahl der Bewerbungen von Eltern, die ihre Kinder für das zweisprachige Angebot anmelden wollten, das tatsächliche Platzangebot deutlich überschritt. Das Pilotprojekt ist in den vergangenen fast sieben Jahren zwar kontinuierlich gewachsen – heute besuchen rund 320 Schüler die Filière Bilingue –, an dem Umstand hat sich aber nichts geändert: Cédric Némitz (PSR), Biels Direktor für Bildung, Kultur und Sport, sagt, dass nach wie vor zwei Bewerbungen für einen Klassenplatz eingehen würden.

Das Pilotprojekt, welches noch bis 2022 dauern wird, wurde von Beginn weg gerade deshalb teils harsch kritisiert, weil eben nur eine kleine Gruppe von privilegierten Schülern vom Angebot profitieren konnte. Die Kritik kam aus der Politik, vor allem aber auch von der Bieler Lehrerschaft und von Eltern, die bei der Filière Bilingue abgewiesen wurden. Die Schüler werden nach der Nähe ihres Wohnorts zur Schule ausgewählt, bis vor Kurzem war der Referenzort noch die Schulanlage Plänke, heute ist er die Rittermatte. Familien, die etwa in Madretsch oder Mett wohnen, haben keine Chance, einen Platz in dem Pilotprojekt zu erhalten.

#### Aussenquartiere aussen von

Da die Klassen zu je einem Drittel aus deutschsprachigen, französischsprachigen und fremdsprachigen Schülern bestehen, wurde zudem immer wieder die Kritik altut, dass das Angebot nicht die Realität widerspiegeln würde. Rund die Hälfte der knapp 600. Schüler in Biel ist fremdsprachig, in Aussenquartieren gibt es Klassen, in denen der Anteil der fremdsprachigen Kinder klar überwiegt. Funktioniert die Filière Bilingue auch, wenn ein Grossteil der Klasse weder deutscher noch französischer Muttersprache ist? Schliesslich sieht das zweisprachige Angebot vor, dass die Schüler in zwei Erstsprachen, nicht in einer Erst- und einer Zweitsprache unterrichtet werden.

Noch 2015 relativierte Némitz die Kritik mit der Ankündigung ein Pilotprojekt auch in einem Aussenquartier lancieren zu wollen. Gestern nun musste er zugeben: «Ich war zu ambitioniert.» Es fehlten die Ressourcen. Man hat also die Ausdehnung auf die Oberstufe der Ausdehnung auf dat Aussenquartiere vorgezogen.

Bei Eltern führe die Konzentration auf die Innenstadt nach wie vor zu Frustration, gestand Némitz. «Das bleibt ungerecht.» Es sei aber seine Erwartung, dass die Filière Bilingue in Zukunft auch in Aussenquartieren möglich werde. Denn Némitz ist sich bewusst: «Wenn wir es in Zukunft nicht in anderen Quartieren werden einführen können, wird das Gansinfrage gestellt.» Lino Schaeren

